

Nr. 16
1973

Union in Deutschland

17. April 1973

Fortschreitender Linkstrend bei den Sozialdemokraten

Der Parteitag in Hannover hat in seinen Sachdebatten und mit seinen Personalentscheidungen den fortschreitenden Linkstrend der SPD auf besorgniserregende Weise bestätigt. Daran können auch die Wirkung der Eröffnungsrede Brandts und seine einmütige Wiederwahl nichts ändern. Die programmatischen Positionen der Parteiflügel liegen mittlerweile so weit auseinander, daß sie nur noch durch den persönlichen Einfluß Brandts zu verklammern sind. Eine solide Basis ist dies gewiß nicht.

Nur der äußerste Einsatz Brandts hat es für diesmal verhindert, daß sich die neutralistischen Vorstellungen der Linken gegen die offizielle Sicherheitspolitik der Regierung durchsetzen konnten. Eine klare Ablehnung des entsprechenden Antrags aber konnte nicht einmal Brandt durchsetzen. Er wurde als Material an die Bundestagsfraktion überwiesen – ein alarmierendes Zeichen der Schwäche und der falschen Kompromißbereitschaft. Die innenpolitischen Debatten des Parteitages haben gezeigt, daß das kritische Potential gegen die Grundwerte unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung innerhalb der SPD immer größer wird. In einem Falle konnte sich die Linke mit ihren systemüberwindenden Vorstellungen bereits gegen den Widerstand der Parteiführung glatt durchsetzen.

Was uns erwartet, wenn sich die gegenwärtige Entwicklung in der SPD weiter fortsetzt, hat eines der mit großer Mehrheit gewählten linken Vorstandsmitglieder, der niedersächsische Kultusminister von Oertzen, deutlich zu verstehen gegeben: die Aufhebung des Privateigentums sei zwar der denkbare Sozialismus der 80er Jahre, aber es sei ein Fehler schon jetzt darüber zu diskutieren.

Dr. Konrad Kraske,
Generalsekretär der CDU

■ POLITISCHE ARBEIT

Die stetig steigende Zahl der Mitglieder stellt für die CDU eine Verpflichtung dar, immer wieder nach neuen Angeboten an politischen Betätigungsmöglichkeiten und Informationen zu suchen. Als vorbildliches Modell stellen wir das Arbeitsprogramm der CDU in Essen vor.

Seite 3

■ SPD

Der SPD-Parteitag in Hannover machte den Linksruck in der SPD erneut deutlich. Bei einer Reihe von Anträgen mußte die gesamte Führungsmannschaft aufgeboten werden, um allzu radikale Beschlüsse zu verhindern. Beschlüsse und Zitate finden Sie in der

Dokumentation

*

Die nächste UiD-Ausgabe erscheint am 2. Mai 1973.

Der Irrtum der Freien Demokraten

Karl-Hermann Flach, Generalsekretär, und Horst Ludwig Riemer, NRW-Landesvorsitzender der FDP, haben sich zum Parteitag der Sozialdemokraten in Hannover geäußert.

CDU-Sprecher Weiskirch warnt Flach und Riemer vor dem Irrtum, wenn sie glauben, der SPD sei es dabei nur um selbstlose Sympathie-Erweise zu tun gewesen. Die beiden FDP-Politiker haben übersehen, daß die Treuebekanntnisse zum Regierungsbündnis mit den Freien Demokraten ein wichtiger Teil der Beschwichtigungstrategie der SPD-Führung waren. Den Linken wurde der Koalitionspartner auf dem Parteitag in einer Doppelfunktion vor Augen geführt: als der nötige Bundesgenosse, ohne den es keine sozialdemokratische Bundesregierung gäbe, und als der Warner, der den Linken die Grenzen ihrer wirklich machbaren Politik zeige.

Es bleibt den Freien Demokraten selbst überlassen, sich auszumalen, was passieren würde, wenn ihnen – etwa durch eine absolute Mehrheit der SPD – die Hinhalterolle in der Koalition verloren ginge. Zumindest Horst Riemer, dessen Namen in Hannover zu erwähnen immer so etwas wie ein Appell an linke Buhrufer war, sollte wissen, daß die sozialdemokratischen Treueschwüre eben nur mit Vorbehalt gelten. Wenn nämlich 1976 die SPD allein regieren könnte, würde sie es – und wenn auch nur unter dem Druck ihres linken Flügels – auch tun; denn im Hinweis auf die Bremserfunktion der FDP, der in und zwischen den Zeilen in Hannover so häufig gegeben wurde, steckt ja auch ein Versprechen. Etwa so: *Sorgt für die absolute Mehrheit, und die*

Welt wird ganz anders – eben linker – aussehen!

Wenn prominente FDP-Politiker so energisch behaupten, die SPD sei auf ihrem Parteitag den radikalen Sozialisten nicht entgegengekommen und ihnen schon gar nicht unterlegen, dann erinnert das einen – Pardon! – an den Mann, der sich im Wald durch lautes Pfeifen selbst Mut machen möchte; denn daß sich der linke Flügel der SPD domestizieren ließe, wenn seine Partei mit absoluter Mehrheit schalten könnte, ist nach dem Hannoveraner Parteitag undenkbar.

Von Wahrheiten und Bahrheiten

Durch ein merkwürdiges Verhältnis zur Wahrheit – in Bonn spricht man in diesem Zusammenhang von „Wahrheiten und Bahrheiten“ – und zur Rolle der parlamentarischen Opposition macht Bundesminister Bahr immer wieder von sich reden. Seine arrogante Behandlung von Bundestagsabgeordneten geht in der Berichterstattung in Presse, Rundfunk und Fernsehen oft unter. Darauf spekuliert Bahr wohl. Einige Bahr-Zitate wollen wir deshalb abdrucken, zumal sich Bahr in keinem einzigen Fall zu einer Entschuldigung bereitgefunden hat:

„Zunächst einmal ist beklagt worden, es habe ein gewisser Zynismus darin gelegen, wenn der Bundeskanzler gesagt habe, es habe an den Wahlen gelegen, daß man vor den Wahlen anders als danach von der DDR als Staat gesprochen habe. Nun, hier muß festgestellt werden: Nach den Wahlen war eine politische Entscheidung gefallen, die es ermöglichte, dem allgemeinen Grundsatz Rechnung zu tragen, daß, wenn möglich, in der Demokratie und in der Politik die Wahrheit gesagt werden soll.“

(Abg. Rawe: Also haben Sie vorher bewußt etwas anderes gesagt! Das sind ja feine Sachen! Wir nehmen es zur Kenntnis, Herr Bahr! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU.)

Denn die Mehrheiten waren nicht so, daß sie es zugelassen hätten, die Wahrheit zu sagen, die Sie selbst auch gesehen haben.“

8. Sitzung des Deutschen Bundestages, Aussprache über die Regierungserklärung, 24. Januar 1973

*

„Das kann ich Ihnen genau sagen. Mit der DDR zu reden ist eine Pflicht des Grundgesetzes; es ist aber keine Pflicht des Grundgesetzes, mit jedem Abgeordneten zu reden.“

8. Sitzung des Deutschen Bundestages, Aussprache über die Regierungserklärung, 24. Januar 1973

*

„Das kann ich Ihnen in aller Offenheit sagen. Ich habe es noch nie in meinem Leben vorher erlebt, Gesichter mit einem solchen gesammelten Ausdruck von Haß vor mir zu sehen, wie in den Bänken der Opposition.“

Interview im Deutschlandfunk
25. Februar 1973

*

Unterschriften-Aktion

Eine Unterschriftenaktion im Außendienst startete Josef Vogt von der Volksbank Pfullendorf in Baden-Württemberg. 35 Unterschriften erhielt Vogt kurzfristig für folgenden Text an die CDU-Bundesgeschäftsstelle in Bonn und an die Landes-CDU in Stuttgart: „Wir sagen Ihnen herzlichen Dank und volle Anerkennung dafür, daß Sie gegen den Streik im Zeitungssektor und damit gegen die Beschränkung des Informationsrechts so deutliche Worte gefunden haben.“ Die Unterschriftenaktion wird fortgesetzt. Vogt übersandte die Unterschriftenliste an die CDU „mit der Bitte, fest zu bleiben in Sachen Stabilität“.

Das Essener Modell

Die CDU schuldet ihren Mitgliedern ein reichhaltiges Angebot an politischen Betätigungsmöglichkeiten und Informationen. Die stetig steigende Mitgliederzahl stellt eine erhöhte Verpflichtung dar. Als vorbildliches Modell für die Arbeit auf Kreisverbandsebene stellen wir in dieser Ausgabe das Arbeitsprogramm der CDU Essen für 1973 vor:

I. Politische Arbeit des Kreisverbandes

Fortschreibung des Kommunalpolitischen Programms

Die Arbeiten zur Fortschreibung des Kommunalpolitischen Programms von 1969 müssen bereits in diesem Jahr aufgenommen werden, um dann im Kommunalwahljahr 1974 zum Abschluß zu kommen.

Gesellschaftspolitischer Kreisparteitag

Ein parteioffener Kreisparteitag zu gesellschaftspolitischen Fragen ist für Samstag, den 17. November 1973 vorgesehen. Thematisch vorbereitet wird er durch Kommissionen, die vom Kreisverbandsvorstand einberufen werden. Der Parteitag erörtert seine Einzelthemen in Arbeitskreisen, anschließend folgt die Zusammenfassung und Beschlußfassung von Anträgen im Plenum.

Kreisverbandsausschuß

Verschiedene Sitzungen geben dem Kreisverbandsausschuß auch 1973 Gelegenheit, Stellungnahmen der CDU Essen zu aktuellen politischen Fragen zu erarbeiten. Im Kreisverbandsausschuß werden auch die Themen von Bundes- und Landespartei im Herbst 1973 diskutiert und evtl. Anträge der CDU Essen verabschiedet.

Fraktion und Bürgerausschüsse

Unsere Bürgerausschußmitglieder sind durch die Fraktion nach Absprache mit der Partei mindestens halbjährlich zu Informationstagungen einzuladen.

II. Öffentlichkeitsarbeit und Information

Parteieigene Zeitung

In Vorbereitung ist die Herausgabe einer parteieigenen Zeitung für Essen, die vom DEUTSCHEN MONATSBLATT unabhängig ist. Die erste Ausgabe in einer Auflage von zunächst 100 000 ist für den 1. Oktober 1973 vorgesehen. Die Finanzierung er-

folgt durch Anzeigen, Abwicklung und Druck über einen Krefelder Verlag, die Gestaltung durch Journalisten. Die gesamte Auflage von 100 000 soll durch eine Verteilerfirma unmittelbar an die Haushalte geliefert werden. Die Zustellung an unsere Mitglieder erfolgt direkt durch die Post. Den Exemplaren an unsere Mitglieder ist eine Beilage mit internen Informationen der Kreispartei beigelegt.

Intern-Information mit Pressespiegel

Neben der Zustellung der parteieigenen Zeitung an alle Mitglieder erhalten die ca. 600 Funktionsträger der Kreispartei künftig in regelmäßigen monatlichen Abständen eine Intern-Information, der zusätzlich ein Pressespiegel beigelegt ist.

Das „Forum der CDU Essen“

Eine Veranstaltungsreihe unter diesem Motto soll der verstärkten Information und Diskussion aktueller, aber auch grundsätzlicher Themen dienen. Eingeladen werden alle Mitglieder. Weitere Interessenten für diese Reihe sollen über Ankündigung und Berichterstattung in der Essener Presse und in der parteieigenen Zeitung gewonnen werden.

Forumsveranstaltungen sind vorgesehen für die Monate April, Mai, September, Oktober und Dezember.

Organisatorisch muß gewährleistet sein, daß an den jeweiligen Veranstaltungen keine sonstigen Parteitermine in Essen stattfinden.

Gedacht wird an folgende Themen:

- Das „C“ in der CDU
- CDU und Gewerkschaften
- Medienpolitik
- Reform des Boden- und Planungsrechts
- Steuerreform
- Energiepolitik
- Die Bewährung der Leistungsgesellschaft
- Wirtschaftswachstum und Lebensqualität
- Die Europäische Sicherheitskonferenz

In der Veranstaltungsreihe sollte jährlich ein großes Diskussionsforum stattfinden, das von seiner Thematik und Besetzung, einem Rahmen und

seiner publizistischen Vorbereitung her die CDU Essen auch überregional in Erscheinung treten läßt. Ein Forum etwa unter dem Thema „CDU und Gewerkschaften“ müßte bei entsprechender Besetzung mehr als nur lokales Interesse finden.

Versammlungswelle nach dem Bundesparteitag

Nach dem Bundesparteitag im Oktober wird die CDU Essen an einem Tage in allen Essener Stadtteilen in Form einer Versammlungswelle Veranstaltungen durchführen, um die Bevölkerung über die Beschlüsse des Bundesparteitages zu informieren. Versammlungsorte und Referenten werden geschlossen in Anzeigen der Essener Tageszeitungen angekündigt.

Informationsstände

Nicht nur im Wahlkampf, sondern auch zwischenzeitlich sollte die Partei die Diskussion auf Straßen und Plätzen suchen. Kreisverband und Ortsverbände sind hier angesprochen. Bei den Informationsständen auf der Kettwiger Straße und dem Kennedyplatz sollen massiert Mitglieder des Parteivorstandes und der Fraktion für Diskussionen bereitstehen. Auf kleinen Flugblättern soll es u. a. heißen: „Wir haben kein Geld für teures Informationsmaterial. Wir stehen aber zu einem Gespräch mit Ihnen bereit.“

Tag der offenen Tür

Zweimal im Jahr, im Frühjahr und im Herbst, soll in den Räumen der Kreisverbandsgeschäftsstelle und der Fraktion ein Tag der offenen Tür stattfinden, zu dem vorher durch die Presse eingeladen wird. Mitglieder des Parteivorstandes und der Fraktion stehen für Gespräche zur Verfügung. Der Tag der offenen Tür richtet sich an alle, die an der Arbeit der CDU interessiert sind, besonders aber an die Neumitglieder.

Empfang für Neumitglieder

Die Kreispartei wird im Städt. Saalbau einen Empfang für die neuen Mitglieder geben. Neben dem Landesvorsitzenden Köppler oder dem Landtagspräsidenten Lenz sollen alle Mandatsträger der Essener CDU und die Mitglieder des Parteivorstandes anwesend sein, um den Neumitgliedern zu Gesprächen zur Verfügung zu stehen. Die Mitglieder des Parteivorstandes und die Mandatsträger werden an diesem Abend durch Anstecknadeln kenntlich gemacht.

Der persönliche Kontakt zu den neuen Mitgliedern muß im übrigen durch die Ortsverbände wahrgenommen werden. Neumitglieder sollten als-

bald nach Eintritt in die Partei vom Ortsverbandsvorsitzenden oder einem seiner Mitarbeiter aufgesucht und persönlich begrüßt werden.

III. Zielgruppenarbeit

Zielgruppenansprache

Ein neuer Rendnerdienst des CDU-Kreisverbandes mit Angabe von Sachthemen und Anschriften der Referenten wird in Kürze gedruckt. Er soll nicht nur den Ortsverbänden, sondern auch allen gesellschaftlichen Gruppen in Essen als Gesprächsangebot der CDU zugestellt werden.

Zur Vorbereitung von Kontaktgesprächen mit gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen auf Kreisverbandsebene sollen verantwortliche Kontaktpersonen benannt werden.

Betriebsgruppenarbeit

Der Ausgang der letzten Bundestagswahl macht eine verstärkte Arbeit in den Betrieben und den Zusammenschluß christlicher-sozialer Kollegen dringend notwendig. Die CDU ist in 3 Essener Betrieben durch Betriebsgruppen der CDA vertreten. Zu Kontaktgesprächen mit den bestehenden und noch zu gründenden Betriebsgruppen stehen der Parteivorsitzende bzw. die Mitglieder des Parteivorstandes zur Verfügung.

Arbeitskreis junger Frauen

Junge Frauen sind nur dann stärker an die Parteiarbeit heranzuführen, wenn sich ein attraktiveres Angebot insbesondere an die jungen Frauen richtet, die an sich zur aktiven Mitarbeit und zur Übernahme von Ämtern bereit sind. Eine systematische Erfassung dieses Kreises, verbunden mit verstärkter Bildungsarbeit, erfolgt durch die Frauenvereinigung.

Hearings mittelständischer Gruppen

Unter Federführung der Kreismittelstandsvereinigung und im Zusammenwirken mit der Kreislandwerkerschaft sollen Hearings mit den einzelnen mittelständischen Gruppen stattfinden. Bürger- und Verkehrsvereine sollen mit einbezogen werden.

Schülerarbeit

Der Kreisverband ist bemüht, die Arbeit der Schülerinitiative des RCDS gezielt zu unterstützen. Angestrebt wird, der Schülerinitiative im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten der Kreispartei einen soliden organisatorischen Unterbau zu geben.

Bahr im Zwielficht

Durch Presseveröffentlichungen wurde bekannt, daß der heutige Bundesminister Bahr im November 1969 gegenüber dem Direktor des Instituts für außenpolitische Forschung in Washington, Dr. Walter Hahn, einen Plan entwickelt hatte, an dessen Ende die Auflösung der NATO stehen müßte. Die Bundesregierung hat bisher diese Veröffentlichungen nicht dementiert, im Gegenteil, sie weigerte sich, sie überhaupt zur Kenntnis zu nehmen.

Vom Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Olaf von Wrangel, nach diesem Plan befragt, erklärte inzwischen im Namen der Bundesregierung der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Ravens, daß es zutrefte, wenn von einem Gespräch zwischen Bundesminister Bahr (damals Leiter der Planungsabteilung des Auswärtigen Amtes) und Dr. Hahn die Rede sei. „Die mehr als vier Jahre nach diesem Gespräch veröffentlichten Notizen sind nicht mit ihm abgestimmt worden. Es gehört nicht zu den Gepflogenheiten der Bundesregierung, zu derartigen unautorisierten Veröffentlichungen Stellung zu nehmen.“

Zu dieser unbefriedigenden Antwort äußerte sich der Abgeordnete von Wrangel in folgender Weise:

„Diese Antwort läßt den Schluß zu, daß prominente Vertreter und Berater des Bundeskanzlers auf der einen Seite Loyalitätserklärungen an die Adresse des atlantischen Bündnisses abgeben und auf der anderen Seite den Versuch machen, durch Vorschläge und Vorstellungen die Haltung der Bundesrepublik Deutschland zum atlantischen Bündnis ins Zwielficht zu rücken. Aus dieser Antwort spricht das schlechte Gewissen. Deshalb wird die CDU/CSU bei nächster Gelegenheit auf diesen Vorgang zurückkommen, denn es liegt gerade auch

im Interesse der Solidarität mit unserem Bündnis, daß eine rückhaltlose Aufklärung durch die Betroffenen selbst erfolgt. Die Beschlüsse des SPD-Parteitag ändern an der Notwendigkeit der Aufklärung überhaupt nichts.“

Einem Korrespondentenbericht aus Amerika, der in der „Kölnischen Rundschau“ vom 16. 4. 1973 veröffentlicht wurde, ist zu entnehmen, daß auch dort über den bekanntgewordenen Plan Egon Bahrs Betroffenheit herrscht. Dazu wird die Äußerung von Senatoren wiedergegeben, in denen es heißt:

„Wir fühlen uns hier einig mit dem CDU-Vorsitzenden Barzel,

daß eine öffentliche Klärung solcher auf das Ende der NATO zielenden Äußerungen eines Ministers dringend notwendig ist. Hierdurch werden nämlich in gleicher Weise deutsche wie amerikanische Sicherheitsinteressen berührt.“

In dem gleichen Artikel kommt Dr. Hahn zu Wort mit seiner Bemerkung, er habe nichts zurückzunehmen, es sei jetzt „Sache von Herrn Bahr, Farbe zu bekennen“. Dr. Barzel, der sich zur Zeit in den Vereinigten Staaten zu Informationsgesprächen und einem umfassenden Meinungsaustausch mit Persönlichkeiten der amerikanischen Politik aufhält, will vor allem den Standpunkt der Opposition in der Bündnisfrage sowohl der Regierung wie auch den Abgeordneten in Senat und Repräsentantenhaus verdeutlichen.

Die Zeitung meldet zudem aus Washington, daß die Äußerungen Bundeskanzler Brandts zur Atlantischen Allianz auf dem SPD-Parteitag in Hannover nur als Lippenbekenntnisse empfunden wurden.

Wirtschaftswissenschaftliche Institute warnen Bundesregierung

„Die neue Lohnrunde Ende 1973 könnte Lohnsteigerungen von weit über 10 % bringen.“ Das ist eine Warnung, die sich im Frühjahrsgutachten der wirtschaftswissenschaftlichen Institute der Bundesrepublik Deutschland findet. Dort werden Regierung und Bundesbank aufgefordert, zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen, um einer weiteren Beschleunigung des Preisauflaufs entgegenzuwirken. Die Bundesregierung ließ durch ihren stellvertretenden Sprecher die magerere Erklärung verlauten, man habe mit Interesse festgestellt, daß die Institute sich nicht zu

einer gemeinsamen Aussage hätten zusammenfinden können.

Ernst genommen wurden die Warnungen der unabhängigen Fachleute aber von der CDU/CSU. Der Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft im Deutschen Bundestag, Dr. Karl-Heinz Narjes, sagte zu dem Ergebnis des Gutachtens u. a.:

Die Erkenntnisse, zu denen die wirtschaftswissenschaftlichen Institute in ihrem Frühjahrsgutachten insbesondere über die Preisentwicklung kommen, sind äußerst beunruhigend. Übereinstimmend mit der CDU/CSU-Op-

■ Fraktion

position stellen die Institute fest, daß die Bundesregierung mit ihren bisherigen Maßnahmen das Ziel einer Umkehr der Preisentwicklung im Laufe des Jahres 1973 nicht erreichen kann. Ihre halbherzige Strategie muß wirkungslos bleiben. Der Zweckoptimismus der zuständigen Fachminister findet in diesem Gutachten keine Stütze. Ebenfalls im Einklang mit den schon bisher von der Opposition erhobenen Forderungen drängen auch die wirtschaftswissenschaftlichen Institute auf eine einschneidende und umfassende Strategie gegen die sich beschleunigende Preisentwicklung unter voller Ausschöpfung des Stabilitätsgesetzes. An einer Verschärfung der finanz- und haushaltspolitischen Maßnahmen für Bund, Länder und Gemeinden führt kein Weg vorbei. Es muß insbesondere sichergestellt werden, daß die von den Instituten errechneten weiteren sechs Milliarden DM inflationsbedingter Steuerermehrnahmen stillgelegt werden.

So wie von den Instituten und dem Wissenschaftlichen Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums und wie schon immer von der CDU/CSU-Opposition vertreten, hat jüngst auch Bundeswirtschaftsminister Friderichs zu Recht auf den Zusammenhang zwischen dem Erfolg der Stabilitätspolitik und der Fortexistenz der marktwirtschaftlichen Ordnung in Deutschland hingewiesen. Handeln ohne Verzug ist in folgedessen geboten. Wenn dem Bundeskanzler die notwendige Entschluß- und Führungskraft dazu fehlt, wird die wirtschaftliche Glaubwürdigkeit der zuständigen Fachminister auf eine Zerreißprobe gestellt.

■ Personalien

Wilfried Hasselmann, niedersächsischer CDU-Vorsitzender, hat dem Allgemeinen Deutschen Automobilclub (ADAC) und der Johanniter-Unfall-Hilfe die volle Unterstützung der Partei für die Sicherung und den Ausbau ihres gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienstes zugesichert. „Wir haben kein Verständnis dafür, daß Bundesfinanzminister Schmidt die dafür erforderlichen 3,5 Millionen DM im Bundeshaushalt 1973 streichen will“, erklärte Hasselmann.

Robert Gleichauf, baden-württembergischer Finanzminister, will Gastarbeiter vor Übervorteilungen schützen. Er gibt Erläuterungsblätter für den Jahresausgleich der Lohnsteuer in der jeweiligen Muttersprache der ausländischen Arbeitnehmer heraus, die im Detail über Rechte und Ansprüche unterrichten.

Dr. Josef Unland wurde vom Arbeitskreis II (Wirtschaft und Ernährung) der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Sprecher für Fragen der Verbraucherpolitik benannt.

■ Termine

25. 4.	LV Schleswig-Holstein Frauenvereinigung	Arbeitstagung Landes- frauenvorstand und Kreisvorsitzende	Kiel
25. 4.	LV Rheinland Mittelstandsvereinigung	Projektgruppe „Information Köln und Organisation“	Köln
26. 4.	LV Rheinland-Pfalz	Landesparteiausschuß	Mainz
27. 4.	LV Berlin	Landesvorstand	Berlin
27. 4.	LV Berlin	Landesausschuß	Berlin
28. 4.	LV Oldenburg	Landesparteitag	
28./29. 4.	Sozialausschüsse – Bund	Bundestagung Berufstätige Frauen	Königswinter
1./2. 5.	CDU – Bund	Klausurtagung der Außenpol. Kommission	Bonn
2. 5.	Mittelstands- vereinigung – Bund	Ad-hoc-Kommission „Berufliche Bildung“	Frankfurt
2. 5.	JU NRW	Präsidium	Dortmund
2./3. 5.	LV Westfalen-Lippe	Kreisgeschäftsführer- tagung	Steinhagen
3. 5.	CDU – Bund	Bundesfachausschuß „Sport“ Arbeitskreis Verein- und Freizeitsport	Bonn
3. 5.	LV Hamburg	Mitgliederversammlung	
3. 5.	LV Rheinland Wirtschaftsvereinigung	Geschäftsführender Vorstand	Düsseldorf
4. 5.	LV Hessen Sozialausschüsse	Landesvorstand	
4. 5.	LV Saar Sozialausschüsse	Landesvorstand	Saarbrücken
5. 5.	LV Hessen Sozialausschüsse	Landestagung	
5. 5.	LV Westfalen-Lippe	Landesvorstand	Dortmund
5. 5.	CDU Niedersachsen	Vorstand	Goslar
4./6. 5.	JU Hessen	Landestag	Melsungen

UID

Verlag: Union Betriebs GmbH., 53 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon 22 00 40.
Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Gerhard Braun. **Bankverbindung:** Commerzbank Bonn, Nr. 1124 932. Postscheckkonto Köln 1937 95. Abonnementpreis vierteljährlich DM 6,-, Einzelpreis DM 0,50. Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, Bonn